

Wilfried von Bredow
Gerhard Kümmel

Das Militär und die Herausforderung globaler Sicherheit

Der Spagat zwischen traditionellen und nicht-traditionalen Rollen

Strausberg, September 1999

Kurzfassung

Die Streitkräfte sind Carl von Clausewitz zufolge ein Instrument des modernen Staates vor allem zur Gewährleistung seiner äußeren Sicherheit. In der Vergangenheit mußten die Streitkräfte dabei zwei Funktionen erfüllen können: sie sollten einerseits Angriffe von außen, von anderen Staaten verhindern und abwehren können; andererseits sollten sie im Bedarfsfall in der Lage sein, selbst einen Angriff auf einen anderen Staat zur Durchsetzung von nationalen Interessen und hegemonialen Ambitionen durchzuführen, wobei diese Funktion während des 20. Jahrhunderts indes sukzessive ihre Legitimität eingebüßt hat. Das Funktionen-Set der Streitkräfte umfaßt demzufolge eine defensive Rolle und eine offensive Rolle.

Im ausgehenden 20. Jahrhundert scheinen diese beiden Funktionen an politischer Relevanz zu verlieren, was sich etwa in den populären Forderungen nach Reduzierung der Rüstungsausgaben und Verkleinerung des Militärs niederschlägt. Dabei wird jedoch bisweilen zu wenig beachtet, daß Konflikte und Kriege ein Spill-over-Potential besitzen und daß dieses Potential unter den gegenwärtigen Bedingungen in den internationalen Beziehungen noch zugenommen hat. Denn die Streitkräfte befinden sich wie Staaten und ihre Gesellschaften im Sog der Mondialisierung, d. h. sie sind den Prozessen der Globalisierung, Transnationalisierung und Internationalisierung ausgesetzt. Dies gilt vermehrt für die Gegenwart und die überschaubare Zukunft, weil die Wirk-Kräfte der Mondialisierung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem damit verbundenen Wandel des politischen und militärstrategischen Kontextes noch stärker geworden sind.

Um den damit verbundenen Risiko-Potentialen zu begegnen, werden Konzeptionen für den militärisch abgestützten Export von Stabilität in Krisenregionen ausgearbeitet und auch umgesetzt, die das traditionale Rollen-Set der Streitkräfte während des Ost-West-Konflikts – Abschreckung und Verteidigung – und auch das bisherige Selbstverständnis des Soldaten übersteigen. Militärischer Multilateralismus wird dabei zu einem unbedingten Erfordernis, seine Herstellung bedeutet indes eine enorme Herausforderung. Die neuen, nicht-traditionalen Rollen können mit Ver-Streetworkung, Ver-Zivildienstlichung und Konstabularisierung des Militärs umschrieben werden; sie sind nicht als Ersetzung, sondern im Sinne einer Ergänzung und Ausweitung des bisherigen Rollen-Sets zu verstehen. Die Streitkräfte befinden sich damit in einem Spagat zwischen traditionellen Rollen einerseits und nicht-traditionalen andererseits. In diesem Spagat wird sich das Funktionen-Set der Streitkräfte für das 21. Jahrhundert definieren, das durch eine Diversifizierung von militärischen Missionen gekennzeichnet sein und zugleich eine politische Aufwertung der Streitkräfte bedeuten wird.

Summary

According to Carl von Clausewitz, the armed forces are an instrument of the modern state to maintain the external security of the state. In the past, the armed forces had to fulfil two functions in this regard: on the one hand they had to be capable to prevent and repel external attacks by other states, and on the other hand they had to be in a position, in case of need, to attack another state in order to pursue national interests and hegemonic ambitions. The function of attack, however, has successively lost its legitimacy during the 20th century. Nevertheless, the role set of the armed forces comprises defensive and offensive functions.

These two functions seem to lose in political relevance towards the close of the 20th century, which is evidenced by the popular demands on reducing the armament expenses and on decreasing the number of soldiers. However, these views tend to overlook that conflicts and wars have a spill over potential, a potential which is even increasing under the current conditions of the international relations. The armed forces, just as states and their societies, are in the wake of mondialization, i. e. they are subject to the processes of globalization, transnationalization and internationalisation. For the presence and the near future their impact can be expected to grow since the effects of mondialization have become even stronger after the end of the East-West conflict and the change of the political and military-strategic context coming along with it.

In order to cope with the correlated risk potentials, concepts for the militarily backed export of stability into crisis-ridden regions are established and also realized. These concepts transcend the armed forces' traditional role set during the East-West conflict – deterrence and defence – and also the traditional self-conception of the soldier. In this context, military multilateralism becomes a *conditio sine qua non*, though its realization constitutes an enormous challenge. The new non-traditional roles might be described as the transformation of soldiers into global street-workers and policemen. These roles are not to be understood as a replacement but as a complement and extension of the former role set. Thus, the armed forces do the splits between the traditional roles on the one side and the non-traditional ones on the other. By this splits situation, the role set of the armed forces for the 21st century will be defined. This will be marked by a diversification of military missions and will simultaneously imply a political reevaluation of the armed forces.

Inhaltsverzeichnis

1	Streitkräfte und Mondialisierung	4
2	Problembeladene Mondialisierung	7
3	Die Demilitarisierung der Gesellschaft und die Zivilisierung des Militärs	13
4	Das erweiterte Rollen-Set der Streitkräfte	16
5	Kooperative Sicherheit und militärischer Multilateralismus	18
5.1	Makro-regionale kooperative Sicherheit	19
5.2	Militärischer Multilateralismus	20
5.3	Organisatorische Aspekte	21
6	Schlußbemerkungen	24
7	Literaturverzeichnis	26
	Autoren	29

1 Streitkräfte und Mondialisierung

Es fing zweifellos vielversprechend an: Ein Jahrzehnt vor Ablauf des Jahrhunderts brach der strukturprägende Ost-West-Konflikt unversehens in sich zusammen; die Block-Konfrontation löste sich mit einer Implosion des sozialistischen Staatenverbunds auf; die Welt schien von dem Alpdruck eines nuklearen Weltkriegs befreit; die Idee der Demokratie schickte sich an, zur politischen Universalie, zum internationalen Zivilisationsstandard, zu werden, und die Marktwirtschaft versprach, ihr Füllhorn nun auch über die bislang benachteiligten Regionen in der Welt zu ergießen. Das Utopia der Einen Welt und des Ewigen Friedens schien mit einem Male Realität zu werden.

Allein, es kam anders als viele vermuteten und noch mehr hofften. Die Weltordnungseuphorie wurde etwa unter dem Eindruck der Geschehnisse im Nahen Osten und auf dem Balkan verwandelt in einen Weltordnungs-Pessimismus, demzufolge die Uhren der internationalen Politik nun plötzlich rückwärts gingen. Statt eines Sieges des Zivilisationsprozesses befürchtete man eine unausweichliche Regression der Welt in ein vorzivilisatorisches, barbarisches Zeitalter. Jedoch, internationale Beziehungen besitzen wie Politik im allgemeinen die Eigentümlichkeit, daß sie schwer in die Kategorien von Schwarz und Weiß, von Gut und Böse zu fassen sind. Vielmehr beherrschen Grautöne in unterschiedlichen Schattierungen das Bild. Daraus ist zu folgern, daß die Welt unsicherer ist als die Optimisten vermuten, und sicherer, als die Pessimisten glauben.

Ein nüchterner Blick auf die Welt kann nichts anderes offenbaren als deren Widersprüchlichkeit und Ambivalenz; sie ist beides zugleich: sicher und unsicher. Darin liegt das, was wir in den Begriff *Mondialisierung* gießen wollen. Mondialisierung zur Kennzeichnung des allgemeinen Prozesses umfaßt dabei drei verschiedene, indes aufeinander bezogene Prozesse: *Globalisierung*, *Transnationalisierung* und *Internationalisierung*. Die Globalisierung als ein Bestandteil der Mondialisierung beziehen wir auf Entwicklungen, die die Raum-Zeit-Ebene betreffen (Verkehrs- und Kommunikationstechnologie). Globalisierung wird hier also in einem engeren Sinne verstanden als dies in der Diskussion gemeinhin üblich ist. Der Terminus Transnationalisierung wiederum meint eine Entwicklung, in der die internationalen Beziehungen aus ihrer Phase der überwältigenden Prägung durch zwischenstaatliche Beziehungen herauswachsen und in eine Phase übergehen, in der eine Vielzahl von nicht-staatlichen, transnationalen Akteuren

unterschiedlichster Couleur grenzüberschreitend handeln und mit anderen staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren Interaktionsbeziehungen eingehen. Transnationalisierung bezieht sich also auf den Prozeß der Veränderung der Akteurskonstellationen in den internationalen Beziehungen. Unter Internationalisierung wird schließlich ein Prozeß verstanden, in dem die Kosten internationaler Transaktionen reduziert werden, indem staatliche Akteure Steuerungspotentiale auf überstaatlicher Ebene zu gewinnen versuchen. Internationale Institutionen sind hier an vorderster Stelle zu nennen. Zusammen machen diese drei Sub-Prozesse den Prozeß der Mondialisierung aus. Um die damit verbundene Dynamik auch semantisch zu artikulieren, schlagen wir als Synonym das Wort *GII-Prozeß* vor (vgl. Bredow/Jäger/Kümmel 1999).

Dieser dynamische Prozeß hat auch die Organisation der Streitkräfte erfaßt - unterschiedlich stark in unterschiedlichen Gesellschaften, aber am nachhaltigsten zweifellos in den Ländern der westlichen Welt. Die Streitkräfte, kann man sagen, befinden sich im Sog der Mondialisierung. Mit diesem kurzen Satz wird formuliert, daß sich die Streitkräfte derzeit einem tiefgreifenden Wandlungs- und Transformationsprozeß ausgesetzt sehen, der auch das Selbstverständnis des Soldaten berührt. Dieser Prozeß ist mit Chancen verbunden, aber auch mit beachtlichen Risiken und Gefährdungen, und zwar sowohl im Blick auf die Streitkräfte als auch auf die Gesellschaften, in die sie eingebettet sind.

Der Wandel ist zunächst auf der phänomenologischen Ebene zu beschreiben: Carl von Clausewitz zufolge sind Streitkräfte ein Instrument des *modernen Staates*; sie werden aufgestellt, bezahlt und verwendet im Namen der Sicherheit eines individuellen Staates, wobei sich dies hauptsächlich, aber nicht ausschließlich auf seine äußere Sicherheit gegen Bedrohungen und Gefährdungen durch andere Staaten bezieht. Diese defensive Rolle, also die der Abschreckung und Selbstverteidigung, wird ergänzt durch eine andere, die während des 20. Jahrhunderts allerdings sukzessive ihre Legitimität verloren hat. Sie ist offensiv und bezieht sich auf den Angriff auf einen anderen Staat zur Durchsetzung von nationalen Interessen und hegemonialen Ansprüchen.

Im ausgehenden 20. Jahrhundert scheinen diese beiden Funktionen an politischer Relevanz verloren zu haben - zumindest in einigen Makro-Regionen dieser Erde, zu denen auch (West-)Europa gehört. Der öffentliche Diskurs in einer Vielzahl europäischer

Staaten tendiert dazu, das Militär als zentrale Einrichtung eines Staates zu verwerfen. Ohne eine direkte Bedrohung und ohne die Absicht, militärische Mittel einzusetzen, um einen anderen Staat zu bedrohen, neigen Regierungen wie die öffentliche Meinung dazu, die Streitkräfte zu reduzieren und zu restrukturieren.

Die Forderung nach Rüstungskontrolle und Abrüstung ist populär. Die Zahl der bewaffneten Konflikte und Kriege in der Welt und auch an der Peripherie Europas ist jedoch eine ernstzunehmende Mahnung. Diese Konflikte und Kriege besitzen ein Spill-over-Potential, das auch die Wohlstands- und Friedensinseln dieser Erde zu erfassen droht. Die dunkle Seite der Mondialisierung besteht darin, daß effektive Schutzwälle zwischen den Konfliktregionen und dem Rest der Welt nicht zu errichten sind. Friedliche Gesellschaften sind sogar im Zuge der Mondialisierung gegenüber einer ganzen Reihe von Bedrohungen verwundbarer geworden.

Um diese unerwünschten Folgewirkungen zu verhindern und lokale Gewaltausbrüche einzudämmen und einzuhegen, werden in den Planungsstäben Konzeptionen für humanitäre Interventionen, friedensschaffende und friedensbewahrende Missionen ausgearbeitet und vorbereitet. Sie enthalten gewöhnlich zivile und militärische Elemente. Im Hinblick auf die lange Geschichte des Krieges und der Kriegsführung sind diese Rollenzuschreibungen der Streitkräfte keineswegs etwas völlig Neues, so daß wir das Attribut post-modern zur Kennzeichnung dieser Rollen vermeiden möchten. Sie sind indes in mancherlei Hinsicht verschieden von den militärischen Rollen, an die wir gewöhnlich denken, wenn wir uns - zumal in unserem nordatlantischen Erfahrungshorizont - mit modernen Streitkräften beschäftigen. Aus diesem Grund schlagen wir zur Kennzeichnung der Funktionen, die mit humanitären Einsätzen verbunden sind, den Begriff *nicht-traditionale Rollen* vor. Daraus leitet sich unsere These ab: Im Zuge der Mondialisierung befinden sich die Streitkräfte in einem Spagat zwischen traditionellen Rollen einerseits und nicht-traditionalen andererseits; in diesem Spagat definiert sich das Funktionen-Set der Streitkräfte für das beginnende 21. Jahrhundert, das durch eine Diversifizierung von militärischen Missionen gekennzeichnet sein wird.

Bevor wir uns jedoch dem Spagat zwischen traditionellen und nicht-traditionalen Rollen der Streitkräfte und den daraus zu erwartenden Konsequenzen zuwenden, ist es hilfreich, sich zunächst mit den strukturellen Veränderungen in der politischen Sphäre zu

befassen. Denn jegliche Herausforderung, die an die Adresse des Militärs als einer Hilfsagentur des politischen Systems einer Gesellschaft und als einer Einrichtung, die in der Lage ist, politische Zwecke auf spezifische Weise (nämlich unter Beimischung organisierter Gewalt) zu erfüllen, gerichtet wird, wird bestimmt durch die sozialen, kulturellen und politischen Strukturen der jeweiligen Gesellschaft. Gesellschaften in ihrer staatlichen Organisation und das internationale System sind die primären Quellen für einen Wandel im Bereich des Militärischen. Zwar hat sich die Natur des Politischen zweifellos nicht verändert, aber dies ist vielleicht die einzige Konstante, auf die wir bauen können.

2 Problembeladene Mondialisierung

Die Mondialisierung, der GTI-Prozeß, führt dazu, daß sich die Welt planetarisiert, daß sie tatsächlich zunehmend das Antlitz einer Weltgesellschaft annimmt. Dies wiederum verführt zu der Annahme, daß dies gleichbedeutend mit einem Prozeß der Zivilisierung sei. In der Tat kommt es infolge des GTI-Prozesses zwar zur Ausbildung von Beziehungsmustern der komplexen Interdependenz; diese führen auch auf wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Ebene zu einer Angleichung von Lebensstilen und damit zu einer gewissen Nivellierung von Differenz. Die Rede von der internationalen Gemeinschaft ist bildhafter Ausdruck dieser Entwicklung, und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat dieses Denken noch größere Verbreitung gefunden. Dieser Annäherungs- und Angleichungsprozeß ist allerdings nicht vollständig und umfassend, sondern gebrochen. Dies führt dazu, daß die Weltgesellschaft durch Prozesse der Integration *und* der Fragmentierung gekennzeichnet ist.

Nun könnte man vermuten, daß dies in erster Linie ein Ergebnis des Endes des Ost-West-Konflikts ist. In der Tat ging in dieser Phase der internationalen Beziehungen von den beiden Supermächten als jeweiliger Führungsmacht in den Blöcken eine enorme Disziplinierungs- und Einhegungswirkung aus, so daß divergierende Machtansprüche relativ leicht austariert werden konnten. Die Logik der Block-Konfrontation war die der Block-Kohäsion um nahezu jeden Preis. Das Ende des Ost-West-Konflikts ist mehr als lediglich das Ende eines spezifischen Konflikts zwischen Großmächten und ihren je-

weiligen Bündnispartnern. Es ist der Anfang eines post-modernen Zwischenspiels in den internationalen Beziehungen.

Die post-bipolare Welt der Gegenwart zeichnet sich im Vergleich zur Vergangenheit in höherem Maße durch Turbulenz (Rosenau 1990; Bredow 1994) aus. Die internationalen Beziehungen sind unübersichtlicher geworden, ein global prägender Strukturkonflikt zeichnet sich nicht ab, eine Vielzahl von Konfliktlinien bildet einen Konfliktknäuel, der einem gordischen Knoten gleicht. Bestehende Staaten zerfallen, neue entstehen, und die Ethnie gewinnt als identifikationsstiftender Referenzpunkt und zugleich Konflikte vor-programmrierender Faktor an Bedeutung. Gleichzeitig zeichnet sich eine Konsortial-Führung der weltpolitisch dominanten Mächte nicht ab. Zur Kennzeichnung dieser Phase verwenden einige Autoren den Begriff Ende des Westfälischen Systems (vgl. dazu Bredow 1998). Im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben sich die Strukturen und Prinzipien des sich globalisierenden Westfälischen Systems tiefgreifend verändert. An seinem Ausgang scheinen die Grundpfeiler dieses Systems wegzubrechen. Der Hauptgrund für diese Entwicklung sind die zunehmenden Schwierigkeiten von Staaten, ihre jeweiligen Gesellschaften effektiv zu organisieren, der zentrale Bezugspunkt für die Loyalität der Bürger und Bürgerinnen zu bleiben und hinreichenden Schutz gegen Risiken und Gefährdungen jenseits der nationalen Grenzen zu gewähren.

Damit sind wir bei einem zentralen Punkt angelangt: Wichtiger als die Auflösung der Block-Konfrontation ist der Prozeß der Mondialisierung als das bewegende Moment in den internationalen Beziehungen selbst. Dieser Prozeß hat zwar durch das Ende des Ost-West-Konflikts einen neuerlichen starken Schub erhalten, doch ist er älter als der Ost-West-Konflikt. Im Zuge der Mondialisierung und des GTI-Prozesses nimmt die Interaktionsdichte zu, und es kommt zur Ausbildung von Beziehungsmustern der komplexen Interdependenz. Nationale Wirtschaften vernetzen sich immer stärker, so daß Staaten und ihre staatlichen Einrichtungen immer weniger in der Lage sind, eine nationale Wirtschaftspolitik zu konzipieren und zu implementieren. Ökologische Probleme lassen sich nur noch auf makro-regionaler oder globaler Ebene bearbeiten. Der Rückgriff auf militärische Gewalt zur Realisierung nationaler Interessen wird entweder als völkerrechtswidrig oder als zu teuer eingestuft.

Diese Entwicklung beinhaltet positive und negative Seiten, die sich einerseits auf die weiterhin anarchische Struktur der internationalen Beziehungen und andererseits auf Versuche zur Einhegung und Zähmung der Anarchie beziehen. Letzteres setzt auf eine zivilisierende Wirkung des GTI-Prozesses, der Mondialisierung, und darauf, daß mit wachsender Interdependenz und zunehmender Interaktionsdichte zwischen den Gesellschaften auch das Verständnis füreinander wächst. In diesem Kontext wären auch die verschiedentlich zu beobachtenden Demokratisierungsprozesse zu nennen, die nicht nur innerhalb von Gesellschaften zu einem zivilen Konfliktaustrag beitragen, sondern auch zwischen Gesellschaften. Da es zudem demokratischen Staaten außerordentlich schwerfällt, ihre Bürger für einen Krieg gegen andere demokratische Gesellschaften zu mobilisieren, ist insgesamt die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen demokratischen Systemen gleich Null (Russett 1993). Wächst deren Zahl, dann kommen wir dem Ewigen Frieden im Sinne Immanuel Kants schrittweise näher. Selbst wenn es noch verfrüht ist, die Annahme vom demokratischen Frieden als universell gültiges, ehernes Gesetz zu begreifen, kann nicht bestritten werden, daß in einigen Makro-Regionen, so etwa im nördlichen Amerika seit dem 19. Jahrhundert und in Westeuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ein zwischenstaatlicher Krieg keine echte und realitätsgerechte politische Option für politische Entscheidungsträger mehr darstellt.

Entgegen der Annahme, daß mit steigender Interdependenz Konfliktfreiheit und Harmonie quasi über die Welt hereinbrechen, ist jedoch festzuhalten, daß Interdependenz-Beziehungen selbst zur Quelle von Konflikten werden können, weil mit der Zahl von Kontakten und Interaktionen auch die Wahrscheinlichkeit von Konflikten zunimmt. Überdies sind Interdependenz-Beziehungen aufgrund keineswegs durchgängiger symmetrischer Verhältnisse auch Machtbeziehungen. Die daraus resultierenden Konflikte sind in der Regel lediglich Koordinationskonflikte, doch können sie auch grundsätzlicher Natur sein und die Fundamente der Kooperation allgemein in Frage stellen. (Jäger/Kümmel 1995: 8)

Gleichzeitig werden die modernen Gesellschaften infolge der Ausbildung von komplexen Interdependenzen auch verletzlicher. Robert Keohane und Joseph Nye (1976), die den Begriff der komplexen Interdependenz geprägt haben, sprechen diesbezüglich von Interdependenz-Empfänglichkeit und Interdependenz-Verwundbarkeit. Dies meint,

daß Gesellschaften gegenüber Störungen der Interdependenz-Beziehungen anfälliger und empfindlicher werden. Zum einen werden sie quasi erpreßbarer. Hierin liegen Anreizstrukturen, die sich etwa Außenseiter und insbesondere crazy states oder Schurken-Staaten zunutze zu machen wissen. In Verbindung mit dem Phänomen der turbulenten Weltordnung nach dem Ost-West-Konflikt fügt sich dies insgesamt zu günstigen Gelegenheitsstrukturen für Außenseiter und für deren Rückgriff auf Chaos-Macht zusammen (Bredow/Jäger/Kümmel 1999).

Zum anderen werden die modernen Gesellschaften praktisch immer weniger widerstandsfähig, da sie sich gegenüber Spill-over-Effekten immer weniger immunisieren können. Die Ära des großflächigen zwischenstaatlichen Krieges scheint zwar beendet, doch werden organisierte Gewalt und Krieg die Menschheit in einigen Gebieten auf dieser Erde dennoch in das nächste Jahrtausend begleiten (vgl. dazu auch Münkler 1992). Selbst in Europa ist - siehe Balkan - mit Grenzkonflikten und interethnischen Auseinandersetzungen zu rechnen. In einigen Ausschnitten des internationalen Systems sind interne militärische Auseinandersetzungen ebenso wie Militärputsche und Militärdiktaturen sogar ziemlich ‚normal‘. Der Typus des Krieges, der das Bild am meisten prägen wird, ist ein anderer als der des traditionellen zwischenstaatlichen Krieges; er wird der Typus des ‚kleinen‘, meist binnenstaatlichen Kriegs sein (vgl. dazu auch Matthies 1994: 21f.; sowie Enzensberger 1993).

Roger Beaumont (1995: 20-23) hat diesbezüglich eine Typologie von gegenwärtigen und künftigen Kriegen entwickelt. Sie umfaßt die folgenden Typen: dirty war, guerilla war, insurgency/counterinsurgency, limited war, proxy war, surrogate war und low-intensity operations. Es handelt sich bei ihnen zumeist um sog. ‚kleine‘, lokal geführte Kriege und um innerstaatliche Konflikte zwischen vergleichsweise schwachen Regierungen und relativ starken Regierungsgegnern. Die Gewalt, die sich in diesen Konflikten entlädt, wird gespeist durch die archaische Energie kollektiven Hasses. Ethnische Säuberung am Rande des Völkermordes scheint häufig am Ende dieser Gewalt zu stehen. Die Kampfweise in solchen kleinen Kriegen ist überdies ‚schmutzig‘, d. h. sie ist durch eine Art Semi-Professionalismus und die Terrorisierung und Ermordung von Menschen gekennzeichnet; ebenso werden die Kombattanten in diesen Auseinandersetzungen häufig Zivilisten sein, die ihre Gewalt vornehmlich auf andere Zivilisten richten. In einem solchen Umfeld verlieren die Regeln der Kriegsführung ihre Wirkung.

Die meisten dieser Konflikte werden lokal begrenzt sein, doch wird es gar nicht selten Fälle geben, in denen es nicht möglich sein wird, ihre Wirkungen auf das lokale Umfeld zu beschränken. Die Beeinträchtigung des lokalen oder regionalen Friedens kann bisweilen vergleichsweise leicht zu einer Gefährdung der internationalen Sicherheit und der Weltordnung insgesamt werden. Diese kleinen, schmutzigen Kriege besitzen demzufolge ein Eskalationspotential, das die Region wie auch das weitere Umfeld in Mitleidenschaft ziehen kann.

Der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen kann beispielsweise exportiert werden in die urbanen Zentren der westlichen Welt. Beispiele für diese Form der horizontalen Eskalation sind etwa die Auseinandersetzungen zwischen radikalen Kurden und Türken in Deutschland oder terroristische Aktionen bestimmter afrikanischer fundamentalistischer Gruppen in Westeuropa. Diese ‚kleinen‘ Kriege vereinen ‚primitive‘ Kriegsführung und Grausamkeit mit hochmoderner Ausrüstung und moderner Propaganda; ihre Intensität reicht von sporadischem Terrorismus bis zu im Verborgenen vollzogenem Völkermord, die wiederum Migrationsbewegungen auslösen können. Sich den Folgen dieser Prozesse zu entziehen, wird zusehends schwieriger.

Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, daß eine Akteurskonstellation komplexer Interdependenz auch als Instrument gegen einen Teilnehmer dieser Akteurskonstellation verwendet werden kann, wenn dieser Teilnehmer in irgendeiner Art und Weise gegen den Verhaltenskodex verstößt. In einem solchen Fall produziert die Akteurskonstellation einen Außenseiter. Die Akteure, die eine Strategie der Isolation verfolgen, machen sich dabei also den Umstand zunutze, daß im Zuge einer Zunahme der Interaktionsdichte und des Interdependenz-Grades gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit steigt, möglicherweise Unterstützung für Isolationsstrategien zu finden, so daß die Durchschlagskraft und die Effektivität einer entsprechenden Politik zunehmen. Im Zuge einer Universalisierung von Marktwirtschaft und Demokratie und der Angleichung von Lebensstilen, in dem Maße also, wie sich die Welt planetarisiert und mondialisiert und wie sich weltgesellschaftliche Strukturen ausbilden, wächst auch die Bereitschaft, gegen gegenläufige Tendenzen einzuschreiten. (Bredow/Jäger/Kümmel 1999) Weil die Mondialisierung Spill-over-Krisen nährt, ist es naheliegend, daß Akteure, die ein fundamentales Interesse an der Bewahrung der internationalen Ordnung haben, über militäri-

sche Interventionen im Namen der Weltordnung nachdenken.¹ Die UNO sollte zweifellos die geeignetste internationale Institution hierfür sein.

Dieses Phänomen der humanitären Intervention (vgl. etwa Reed & Kaysen 1993; Czempiel 1995; Lyons & Mastanduno 1995; Hoffmann 1995/96; Debiel & Nuscheler 1996; Mott 1996; Pape 1997; Chavret 1997) ist Beleg für bedeutsame Veränderungen in der internationalen Normenordnung und für die Verschiebung der Gewichte der einzelnen Normen. Prima facie können humanitäre Interventionen als Zeichen für eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen und für die Ausweitung weltgesellschaftlicher Vorstellungen interpretiert werden, denn sie artikulieren eine größere Sorge der internationalen Gemeinschaft um die Verhältnisse in den Staaten (vgl. Kümmel 1999a). Darüber hinaus sind humanitäre Interventionen Ausdruck der Annahme, „daß auch Nichtstun eine Form der Gewalt sein kann“ (Schmidt 1996: 103). Neben den im eigentlichen Sinne politischen Gründen für Interventionen gibt es also auch moralische Gründe, die zum Nachdenken über Interventionen Anlaß geben.

Die mobilisierende Kraft der modernen, mondialisierten Informations- und Kommunikationstechnologie und der Berichterstattung in den internationalen Medien generiert durch die global nahezu simultane und synchrone Berichterstattung über gravierende Verletzungen der Menschenrechte in ‚kleinen‘, ‚schmutzigen‘ Kriegen ein Stimmungsbild in der öffentlichen Meinung. Dieses Stimmungsbild kommt vergleichsweise schnell an den Punkt, an dem sich ein Konsens herausbildet, humanitäre Hilfe zu leisten und die Verbrecher und Massenmörder zu bestrafen - notfalls eben auch mit militärischen Mitteln. Gleichzeitig ist dieses Stimmungsbild jedoch wenig konsistent, vielmehr sehr fragil, oberflächlich und anfällig für emotionale Schwankungen. Wenn dann im konkreten Verlauf des Konflikts die politischen und die moralischen Begründungsmuster auseinanderfallen, dann ist Erstaunen und die Klage über doppelbödige Moral, selektiven Humanismus und Doppel-Standards die Folge. In jedem Fall jedoch setzt sich die internationale Gemeinschaft mit dem Instrument der humanitären Intervention über die Norm der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten hinweg; sie

¹ Gerade die deutsche Debatte über diese Frage hat hier einen Zungenschlag, der in dieser Form in anderen europäischen Ländern nicht anzutreffen ist. Eine seiner Ausdrucksformen findet sich in dem folgenden Satz von Jürgen Grässlin (1997: 65): „Fünfundzwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erhält die Bundeswehr die Lizenz zum weltweiten Töten.“

bewegt sich zumindest rudimentär in Richtung auf einen Weltstaat, dem eine Weltpolizei zur Verfügung steht. (Kümmel 1999a)

3 Die Demilitarisierung der Gesellschaft und die Zivilisierung des Militärs

Diese nachhaltigen Veränderungen im internationalen System bilden die eine Seite, die einen Wandlungsdruck auf die Streitkräfte ausübt. Eine andere Seite, die hier allerdings nicht in extenso behandelt werden kann, weil sie ein eigenes Papier erfordern würde, bezieht sich auf die binnengesellschaftlichen Veränderungen, die den sozialen Kontext, in den die Streitkräfte eingebettet sind, verschoben haben.

Mit der politischen Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war der Bürger-Soldat (citizen soldier) als neuer Typus des Soldaten entstanden. Morris Janowitz hat die Bedeutung dieses Vorgangs wie folgt zusammengefaßt: „Military service became a hallmark of citizenship and citizenship the hallmark of a political democracy.“ (Janowitz 1978: 179) Wenngleich sich der Bürger-Soldat als Typ und die Streitkräftestruktur auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht für Männer nicht in allen bürgerlichen Gesellschaften zeitgleich, in der gleichen Art und in dem gleichen Umfang durchsetzten, so war es dennoch im großen und ganzen ein erfolgreicher Typus. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das bekannte Wort von der allgemeinen Wehrpflicht als dem „legitimen Kind der Demokratie“, das dem ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, zugeschrieben wird.

Seit damals haben sich die Dinge allerdings ein wenig verändert. In den am weitesten fortgeschrittenen Gesellschaften kann über weite Strecken ein Prozeß der Demilitarisierung beobachtet werden, also ein Prozeß, in dessen Verlauf sich Gewicht und Rolle von Streitkräften und anderen gewaltsamen Mitteln der Politik materiell, institutionell und konzeptionell verringern. Dieser Prozeß verläuft insgesamt stockend und mit Rückschlägen, doch gleichzeitig auch dynamisch. Ihm zugrunde liegen sozialstrukturelle und sozio-kulturelle Veränderungen der Gesellschaften. Als Stichworte seien genannt: Erhöhung des Lebensstandards, wachsende Mobilität und Urbanisierung, steigender durchschnittlicher Bildungsgrad, Differenzierung und Spezialisierung der

Arbeitswelt, umfassende Technologisierung und eine stärkere Orientierung an weltgesellschaftlichen Bezugspunkten.

Damit einher ging sozio-kulturell ein Individualisierungs-Prozeß und Wertewandel, in deren Folge gemeinschaftsorientierte Lebensstile und dem Individuum mit hoher Verbindlichkeit vorgegebene Sinn- und Wertvorstellungen gegenüber Motiven der Selbstverwirklichung zurücktreten und die Kluft zwischen „militärischer Werte-Kultur“ und „nachbürgerlicher Werte-Kultur“ (Wiesendahl 1990) zugenommen hat. Dem korrespondiert die Entstehung einer sicherheitspolitisch kritischen Öffentlichkeit als Machtfaktor, die affektive Entsymbolisierung der Wehrpflicht, die innen- und außenpolitische Entwertung des Militärs, Demokratisierung und Zivilisierung der Streitkräfte, die institutionelle Sicherung des Bürgerprimats in den Streitkräften und die Institutionalisierung von legitimen und respektierten Alternativen zum Wehrdienst (Haltiner 1990). Elmar Wiesendahl (1990: 29) hat daraus drastisch geschlußfolgert: „Angesichts dieser Kalamitäten spricht vieles eher dafür (...), die Armee als das Schlaginstrument der Kriegs-

fähigkeit eines Landes über kurz oder lang motivational abschreiben zu müssen.“ Wenn diese Einschätzung vielleicht auch ein wenig zu pointiert ausfällt, so bleibt dennoch festzuhalten, daß es nicht erstaunlich ist, daß vor dem Hintergrund des Endes des Ost-West-Konflikts und einer gesellschaftlichen Entwicklung, die auf eine „kriegsfreie Gesellschaft“ (Moskos 1990) oder gar auf eine „post-militärische Gesellschaft“ (Shaw 1991) zusteuern könnte, eine breite Strömung der öffentlichen Meinung eine Friedensdividende erwartet. In Verbindung mit den knapper werdenden Kassen fügt sich dies zu der populären Forderung nach Abrüstung und nach Reduzierung der Streitkräfte, eine Forderung, die nicht nur gesellschaftliche Segmente, sondern auch die jeweiligen Regierungen - wenn auch in unterschiedlichem Maße - erheben. Die weitreichendsten Vorstellungen sind derzeit wohl in Schweden zu finden, wo man nicht weniger als eine Halbierung der Streitkräfte plant (Süddeutsche Zeitung, 22.3.1999).

Zusätzlich dazu hat nach dem Ost-West-Konflikt infolge der damit verbundenen Veränderung der Sicherheitslage eine Entwicklung einen neuerlichen Schub erhalten, die auf kleinere und hoch professionalisierte Streitkräfte hinausläuft. Folgerichtig hat denn mittlerweile die Mehrheit der NATO-Mitgliedsstaaten entweder die allgemeine Wehr-

pflicht bereits ausgesetzt oder steht, mit einigen wenigen Ausnahmen, im Begriff, solches zu tun (Haltiner 1998).

Die Demilitarisierung von fortgeschrittenen Gesellschaften wurde auch durch organisations-soziologische Entwicklungstendenzen befördert, wie sie von einer ganzen Generation von Militärsoziologen und militärischen Praktikern unter den Überschriften Niedergang der Massenarmee in modernen westlichen Gesellschaften und Bürokratisierung des Militärs diskutiert wurden. Das Ergebnis dieser Debatte wurde von Gwyn Harries-Jenkins und Charles Moskos (1981: 11) trefflich auf den Punkt gebracht: „In short, the military profession as a whole has become similar to large, bureaucratic, non-military institutions. It has, in effect, become civilianized.“

Dies verbindet sich mit einer Verschiebung in der Einschätzung organisierter Gewalt als Machtwahrung in den internationalen Beziehungen. Das militärische Element in der Sicherheitspolitik eines Staates ist eingebettet in einen größeren Zusammenhang nicht-militärischer Doktrinen hinsichtlich der Wahrung und der Durchsetzung nationaler Interessen in den internationalen Beziehungen. Folgt man Joseph Nye (1990: 179), dann läßt sich bei der Fungibilität von Machtressourcen nun eine Verschiebung von harten hin zu weichen beobachten. Danach gewinnen Technologie, Bildung und Wirtschaft als Machtwahrung gegenüber militärischen Potentialen, aber auch gegenüber weiteren klassischen Machtfaktoren wie Geographie, Bevölkerung und Rohstoffen an Bedeutung. Wenn diese Einschätzung auch ein wenig überzogen scheint, so besitzt sie dennoch Handlungsrelevanz, weil sie unter politischen Experten beinahe schon zu einer Binsenweisheit geworden ist.

Insgesamt bedeutet dies allerdings nicht, daß der Prozeß der Zivilisierung des Militärs unausweichlich auf die Auflösung des genuin militärischen Charakters der Streitkräfte zusteuert. Im Gegenteil, so ist zu vermuten, werden sich die schlagkräftigsten Streitkräfte künftig durch eine Mischung von militärischem Professionalismus einerseits und der Integration von zivilen Perzeptionen und Einstellungen andererseits in ihrer Wirkungsweise auszeichnen.

4 Das erweiterte Rollen-Set der Streitkräfte

Im vorangegangenen wurde die Annahme einer Mischung von zivilen und militärischen Komponenten im künftigen Rollen-Set der Streitkräfte und einer Verknüpfung von traditionellen und nicht-traditionalen Rollen begründet. Die Streitkräfte einer Vielzahl von Ländern sind nun in einen Prozeß tiefgreifenden strukturellen Wandels eingetreten, der sie bereits in Ansätzen auf das breite Spektrum militärischer Missionen jenseits traditioneller Operationen der Abschreckung und der Verteidigung vorbereitet hat. Charles Moskos (1993/94: 84) hat darauf verwiesen, daß die amerikanischen Streitkräfte zwei Jahre nach Beendigung des Golf-Krieges 1991 in mehr als 20 verschiedene Operationen verwickelt waren, von denen nur wenige dem traditionellen Rollen-Set entsprachen. „To the success of most of these operations, administrative and logistical skills, not to mention health-care and social work skills, were far more important than tactical insight, markmanship, or courage under fire.“

Gustav Däniker war einer der ersten, der das Bild des Soldaten im 21. Jahrhundert zu zeichnen versucht hat. Obwohl seine sieben Thesen zum künftigen Gebrauch von Streitkräften, die quasi als Nebenwirkung eine bedeutsame Modifikation der Legitimationsgrundlage des Militärs wie auch des Selbstverständnisses des Soldaten (Berufsidentität, Verständnis von Disziplin, Sinnhaftigkeit des jeweiligen Einsatzes) nach sich ziehen, von einem bisweilen etwas irritierenden Idealismus nicht ganz frei sind, sind sie im besten Sinne provokativ. Seine Thesen (Däniker 1992: 170f.) lauten:

- (1) „Streitkräfte müssen Präventions-, Interventions- und Ordnungsfunktionen erfüllen können; Abschreckungs- und Kampfaufgaben rücken an zweite Stelle.“
- (2) „Militärischer Sieg wird immer mehr zum taktischen Ziel; strategisch geht es um die Schaffung günstiger Voraussetzungen für neue, umfassendere und dauerhaftere Friedensregelungen, die den ehemaligen Gegner einbeziehen.“
- (3) „Der Endzweck der Militärdoktrin der Zukunft heißt weder ‚Vernichtung‘ noch ‚Abnützung‘; er heißt allenfalls ‚Bestrafung‘, ‚Zersetzung der feindlichen Kampfmoral‘, ‚Neutralisierung‘ und ‚Entwaffnung‘, letztlich aber ‚Aussöhnung‘.“

- (4) „Jeder Kampfplan muß (somit) verhältnismäßig sein, das heißt unter anderem auch eine Minimierung nicht nur der eigenen, sondern auch der gegnerischen Verluste anstreben.“
- (5) Militärisches Denken und Handeln nach rein militärischen Kategorien darf es künftig nicht mehr geben. Selbst in Einzelheiten muß es dem Hauptziel einer umfassenden und dauernden (nationalen und internationalen) Existenzsicherung gerecht werden.“
- (6) „Flexibilität und Multifunktionalität sind (demzufolge) ebenso wichtig wie Feuerkraft und Gefechtsfeldbeweglichkeit.“
- (7) „Die Mission des Soldaten des 21. Jahrhunderts heißt: Schützen, Helfen, Retten! Sein Leitbild ist sein immer gezielterer und wirksamerer Beitrag an die Friedenswahrung oder Friedenswiederherstellung sowie an die Sicherung eines lebenswerten Daseins der Völker.“

Weniger romantisch und stärker prosaisch als der Ausdruck *Schützen, Helfen, Retten* ist der von *Militärischen Operationen jenseits von Krieg (Military Operations Other Than War, MOOTW)*. Hilmar Linnenkamp (1997: 168) findet dafür die folgende Formulierung: „Soldaten werden immer häufiger nicht, wie in der gesamten Geschichte bisher, als notwendigerweise gewaltbereite Partei auftreten, sondern als Partner der Zivilbevölkerung, Kooperationsinstrument für Nichtregierungsorganisationen, neutrale Vermittler zwischen sich gegenüberstehenden Parteien und schließlich als Gäste in fremden Ländern.“² In einem wichtigen Strang der militärischen Entwicklung vollzieht sich eine Abkehr vom Denken in den Kategorien von Sieg und Niederlage; stattdessen soll der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gelten, ein Grundsatz, der schon seit langem für die Polizeiarbeit gilt.

Nimmt man die soeben skizzierten Entwicklungen zusammen, dann könnten die Schlagwörter demnach auch lauten: der Soldat als bewaffneter Sozialarbeiter (vgl. Bredow 1997), der Soldatenberuf als Zivildienst oder die Streitkräfte als Gendarmerie und der

² Diese Entwicklung wird durchaus zwiespältig beurteilt. Die bisweilen größere Professionalität wird aus der Sicht der Betroffenen und Opfer häufig begrüßt, während die vor Ort tätigen NGOs sich zumindest phasenweise in einer für sie nicht immer günstigen Konkurrenzsituation wähnen und sich darüber hinaus in bestimmten Bereichen wiederum für effizienter als Streitkräfte halten.

Soldat als Konstabler - letzteres ein Begriff, den Janowitz schon 1960 in die Militärsoziologie eingeführt hat. Es ist nachdrücklich zu betonen, daß dieses Element in dem Funktionskatalog von Streitkräften keineswegs ihre traditionellen Aufgaben der Abschreckung und der Verteidigung ersetzt, sondern sich lediglich, aber dennoch unheimlich wichtig, komplementär zu diesen verhält. Als Experten in Sachen Gewaltanwendung, die die Soldaten auch weiterhin bleiben müssen, werden sie zugleich politisch gebildet sein und über kulturelle Empathie und diplomatische Fähigkeiten verfügen müssen.

5 Kooperative Sicherheit und militärischer Multilateralismus

Eine eingehendere Analyse des erweiterten Rollen-Sets der Streitkräfte ergibt, daß es nur wenige genuin neue Funktionen des Militärs gibt. Was gewöhnlich neue Aufgaben genannt wird, ist nicht wirklich nicht-traditional. Auf der anderen Seite stellen diese neuen Missionen jedoch beträchtliche Herausforderungen für das Selbstverständnis und die Organisation der Streitkräfte der meisten europäischen Staaten dar, denn während des Ost-West-Konflikts konzentrierten sich die Streitkräfte auf Abschreckung und Verteidigung. Diese Herausforderungen finden ihren Niederschlag auch im Bereich der Ausbildung der Soldaten: „Der Komplex alter und neuer Aufgaben der Bundeswehr macht eine neue Balance von professionellen Fähigkeiten und politischer Bildung nötig. Die bisherige Ausbildung und Fortbildung reicht nicht aus.“ (Linnenkamp 1997: 166) Insgesamt ist damit die Rede von diesen Missionen als neue und nicht-traditionale durchaus gerechtfertigt, allerdings nur in einem eingeschränkten Sinne.

Eine Analyse der Sicherheitslage Europas, der transatlantischen Makro-Region und der Welt insgesamt ergibt, daß es nicht so sehr dieses neue Aufgaben-Set ist, das neu und nicht-traditional ist, sondern der politische und militärstrategische Kontext, in dem das Militär seine Aufgaben zu erfüllen hat. Dieser kontextuelle Wandel kann auf zwei Ebenen beobachtet werden: erstens, der Herausbildung makro-regionaler kooperativer Sicherheit und zweitens, der Notwendigkeit militärischen Multilateralismus.

5.1 Makro-regionale kooperative Sicherheit

Bis auf einige wenige, aber bedeutsame, Ausnahmen, die geographisch größtenteils auf dem Gebiet der ehemaligen sowjetischen Hemisphäre angesiedelt sind, ist die Sicherheitslage der transatlantischen Makro-Region³ durch die grundsätzliche Bereitschaft der involvierten Staaten gekennzeichnet, sich an einem Mehr-Ebenen-Projekt zur Aufrechterhaltung friedlicher makro-regionaler Beziehungen zu beteiligen. Dies schließt die Ablehnung von intra-regionaler Gewaltandrohung und -anwendung ein. Trotz der genannten wichtigen Ausnahmen und trotz nicht unbeträchtlicher Probleme hinsichtlich sozialer und ökonomischer Stabilität in einigen Ländern ist die generelle Tendenz zu einem makro-regionalen System gemeinsamer und kooperativer Sicherheit - wohlgerichtet nicht gleicher Sicherheit (da es auch in Europa Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsgraden gibt) - unverkennbar. Dies wird u. a. reflektiert in den Strukturen der Sicherheitsbeziehungen in der Region, in einer Vielzahl von Organisationen, multilateralen Abkommen und Versuchen, die Sicherheitsinteressen und -perspektiven aller beteiligten Parteien zu integrieren (vgl. auch Kümmel 1999b).

Die Ausnahmen und Probleme auf den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und des früheren Jugoslawiens überschatten bis zu einem gewissen Grad die ansonsten optimistische Perspektive auf die Zukunft der transatlantischen makro-regionalen Sicherheitskooperation. Es gibt keine einfache Lösung für diese Ausnahmen und Probleme, so daß sie uns in die nächste Dekade hinein begleiten werden. So tragisch sie für die unschuldigen Menschen in diesen Gebieten auch sind: es ist gleichfalls klar, daß sie ein intra-regionales Experimentier- und Versuchsfeld für extra-regionale militärisch fundierte Friedensdiplomatie sind. Des weiteren ist die relative Bekräftigung kooperativer Sicherheit eine Art Vorbedingung für die Streitkräfte der Länder in der Region, ihre Aufgaben neu zu definieren und ihre Prioritäten umzudirigieren. Ein Schritt in diesem zweifachen Prozeß ist es, anzuerkennen, daß die traditionelle Aufgabe der Landesverteidigung ihren Status höchster Priorität verloren hat.

³ Dieser Raum erstreckt sich von Wladiwostok bis Vancouver. Die verschiedenen Dokumente der KSZE/OSZE zu prinzipiellen politischen Themen können als seine politische ‚Verfassung‘ angesehen werden.

5.2 Militärischer Multilateralismus

Militärischer Multilateralismus ist keineswegs ein vollkommen neuartiges Phänomen. Viele Kriege der Vergangenheit, inklusive der größten unter ihnen, waren Kriege zwischen Koalitionen von Staaten. Internationale Sicherheitsorganisationen wie die NATO und die WEU sind nur die am meisten fortgeschrittenen Beispiele dieser Tradition. Viele Regierungen sind bestrebt, sich in solche Allianzen einzugliedern, weil sie überzeugt sind, daß dies ihrem nationalen Interesse dienlich ist. Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik ist der NATO-Beitritt soeben gelungen, andere ost- und süd-osteuropäische Staaten möchten folgen.

Gemeinsame militärische Operationen unter dem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder einer ihrer Regionalorganisationen müssen von diesen traditionellen Koalitionen und Allianzen unterschieden werden. Friedensbewahrende und friedensschaffende humanitäre Interventionen und die Beaufsichtigung der friedlichen Transformation zerfallender, kollabierender Staaten und Gesellschaften sind multilaterale militärische Operationen, in denen das nationale Interesse der beteiligten Staaten sekundär ist. In erster Linie werden sie ausgeführt im Interesse der Opfer gewalttätiger lokaler Konflikte. Sie werden auch motiviert durch ein starkes, wenngleich nicht sehr konsistentes und geduldiges normatives Interesse der intervenierenden Staaten. Ihre Führungen und in den meisten Fällen noch mehr die Öffentlichkeit in diesen Staaten möchten nicht Zuschauer humanitärer Katastrophen sein.⁴

Operationen dieser Art sind per definitionem multilateral. Ihre Legitimation ruht erstens auf einer hinreichend konsistenten Weltmeinung, die fordert, daß etwas geschehen müsse; und zweitens auf dem erfolgreichen Bemühen, eine Staatenkoalition zu bilden, deren Regierungen der Beteiligung ihrer Streitkräfte an der Operation zustimmen.

⁴ Humanitäre Katastrophen wie die in Somalia oder Ruanda müssen immer noch in die Kategorie „likely to endanger the maintenance of international peace and security“ (Artikel 37, Abs. 2 der Charta der Vereinten Nationen) eingeordnet werden. Nur in einem solchen Fall ist der Sicherheitsrat bislang legitimiert zu handeln. Diese Begriffe entstammen jedoch einer Welt souveräner Staaten, die zum Teil natürlich fiktiv ist. Sie sind jedoch relativ leicht übertragbar in die realistischere Welt staatlicher und nicht-staatlicher Akteure von heute. Es ist kaum vorstellbar, wie jemand heute noch eine genozidäre Situation oder einen Bürgerkrieg mit Tausenden von Toten, Verletzten, Versehrten und Verhungerten nicht als Gefährdung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ansehen könnte.

Im allgemeinen sind diese Friedensoperationen und diese nicht-traditionellen Aufgaben der Streitkräfte nicht sehr erfolgreich gewesen (vgl. dazu instruktiv Geldenhuys 1998). Die allgemeine Erwartung sofortiger positiver Ergebnisse ist zumeist enttäuscht worden. Oft genug waren die intervenierenden Streitkräfte nicht in der Lage, den Frieden wiederherzustellen, sondern sie schufen zusätzliche, neue Probleme. Einige dieser Probleme zogen politische Skandale in ihren Heimatländern nach sich, wie z. B. im Falle der kanadischen Airborne Battle Group in Somalia 1993 (Winslow 1997) oder des holländischen UNPROFOR-Kontingents in Bosnien 1995 (Soeters/Rovers 1997). Trotz dieser nicht allzu vielversprechenden Bilanz werden Friedensoperationen mit militärischer Komponente vergleichsweise en vogue bleiben. Nahezu alle wichtigen Gruppen in den öffentlichen Debatten vor dem Beginn derartiger Operationen möchten ihre Streitkräfte in die Konfliktzone verlegen - aus unterschiedlichen Gründen.

Ist die grundsätzliche Entscheidung zur Entsendung von Streitkräften in die Konfliktregion einmal gefallen, stellt sich eine Fülle neuer Schwierigkeiten (vgl. Allard 1996):

- Das Mandat sollte so klar wie möglich definiert sein;
- Befehlsstrukturen müssen des multilateralen Charakters der Operationen wegen so einfach wie möglich sein;
- die Regeln des militärischen Engagements müssen von allen Akteuren in der Konfliktregion akzeptiert werden;
- die Kommunikation mit den politischen Managern der Operation und mit den transnationalen Medien muß institutionalisiert sein; und
- die Kommunikation und die Kooperation mit NGOs und den Konfliktparteien müssen vertieft werden.

5.3 Organisatorische Aspekte

Die NATO kann sicherlich als multinationale Sicherheitsallianz angesehen werden. Die Grenzen der Multinationalität waren jedoch immer vergleichsweise klar und sichtbar. „By not pushing ‚multinationality‘ below the corps level (excepting, of course, ACE Mobile Force [Land] and Corps LANDJUT), the Alliance conveniently avoided con-

tentious debates over the exceedingly sensitive and complicated matters.“ (Whitford/Young 1997: 35)

Wenn es dennoch schwierig ist, mit diesen ‚sensiblen und komplizierten Angelegenheiten‘ im Rahmen eines erfolgreichen Militärbündnisses mit Kooperationserfahrung von einem halben Jahrhundert umzugehen, dann können wir vermuten, daß die Herausforderungen des sofortigen Multinationalismus für die militärischen Kontingente in friedensunterstützenden Operationen ein nahezu unüberwindliches Problem darstellen. Die Erfahrungen der UN in Somalia und dem früheren Jugoslawien haben in der Tat das Vertrauen in die Wirksamkeit multinationaler Streitkräfte nicht wesentlich erhöht.

Ein Beispiel aus einer Friedensmission mag die enormen Schwierigkeiten illustrieren, einen solchen ‚Instant‘-Multinationalismus der verschiedenen nationalen Kontingente zu orchestrieren. Als sich die IFOR-Mission, die erste Operation der NATO ‚out-of-area‘, in ihrer Startphase befand, war es eine ungemein dringliche Aufgabe, Kommunikations-Interoperabilität herzustellen. Die Operation Joint Endeavour Interoperability erreichte dies zwar, doch brauchte es Monate an Koordination und Planung unter den teilnehmenden Nationen und der NATO. Eine Vielzahl von Kommunikationssystemen mußte zu einem kohärenten und effektiven Kommunikations- und Informationsaustausch-Netzwerk zusammengefügt werden, das fähig war, den IFOR-Kommandeur und seinen Stab zu unterstützen. (Swan 1997: 187)

Und dies ist nur ein einziger Aspekt und Problembereich. Palin (1995: 34-50) listet in den folgenden Bereichen die Herausforderungen für eine ad hoc multinationale Friedensstreitmacht auf: Regeln des Engagements, Organisation und Struktur des Hauptquartiers, militärisches Nachrichtenwesen, Standardisierung, Sprache, Logistik, Stationierung, Ausbildung und Manöver, Personal und Einstellungen zu den Medien. Eine etwas andere Auflistung aus einer schwedischen Untersuchung (Ahlquist 1996: 42-56) über die Schlüsselaspekte im Geschäft des multinationalen Peacekeeping enthält:

- Kooperation zwischen den zivilen und militärischen Komponenten einer Friedensmission;
- Kontrolle der Truppen in der Hand der UN oder in jeweils nationaler Hand;
- Qualität der Truppen und der Ausrüstung;

- Sprache und kulturelle Unterschiede;
- Kontrolle der Logistik;
- Einfluß der Information; und
- Kooperation mit und Koordinierung von spezialisierten Agenturen, NGOs und PVOs (Private Voluntary Organizations).

Vor diesem Hintergrund ist es einsichtig, daß das Grundproblem militärischen Multilateralismus in der Herstellung von hinreichender Interoperabilität liegt. „Die militärische Effektivität multinationaler Streitkräfte wird im wesentlichen davon abhängen, inwieweit Fortschritte im weiten Bereich der Interoperabilität gemacht werden können.“ (Schnell 1993: 420) Die Probleme der Kooperation zwischen Streitkräften verschiedener Nationalität können augenscheinlich durch ihre Institutionalisierung minimiert werden. Diese Absicht ist ein wichtiges, indes nicht das einzige Motiv für den Prozeß der Transformation des bestehenden oberflächlichen Multinationalismus der NATO oder einiger europäischer Länder in eine Art neuen militärischen Inter-/Multi-/Transnationalismus. Die NATO hat demzufolge einen tiefgreifenden Strukturwandel erlebt. Die Combined Joint Task Forces (CJTF) der NATO können als eine multinationale, aufgabenorientierte Streitmacht beschrieben werden, die in der Lage ist, begrenzte Friedensoperationen jenseits der Bündnisgrenzen als schnelle Eingreiftruppe durchzuführen, und zwar unter der Kontrolle entweder der integrierten militärischen Struktur der NATO oder der WEU. Eine jüngere Einschätzung der immer noch beträchtlichen Kluft zwischen der Theorie der CJTF und ihres praktischen Aufbaus kommt jedoch zu einer relativ skeptischen Beurteilung ihrer realen Fähigkeiten (Barry 1997).

Die NATO ist eine transatlantische und inter-regionale Allianz, und eine ihrer wichtigsten politischen und militärischen Funktionen besteht auch fürderhin in ihrer Funktion als institutionelle Brücke zwischen den USA und Europa. Dies kollidiert bisweilen mit europäischen Versuchen, eine regionale europäische Sicherheitszone zu schaffen (Howorth 1997). Das bislang spektakulärste Unternehmen, nationale Streitkräfte zu multinationalisieren, wurde von Paris und Bonn mit dem Projekt der Deutsch-Französischen Brigade lanciert (Klein 1990). Im Europa von heute sind nationale Streitkräfte häufig auf Korpsebene multinationalisiert - es gibt das Eurokorps (Wassenberg 1999), an dem französische, deutsche, belgische, spanische und luxemburgische

Einheiten beteiligt sind, das Deutsch-Niederländische Korps (Klein/Rosendahl Huber/Frantz 1999) und das Deutsch-Amerikanische Korps, das die traditionelle transatlantische Komponente in Deutschlands Sicherheitspolitik zum Ausdruck bringt. Im Dienste einer Erweiterung der NATO wurde soeben ein multinationales Korps mit dänischer, deutscher und polnischer Beteiligung und Amtssprache Englisch aus der Taufe gehoben.

6 Schlußbemerkungen

Die zwei wichtigsten Ziele dieser Art der Internationalisierung des Militärs sind die Vertiefung der intra-regionalen kooperativen Sicherheit einerseits und die institutionalisierte Vorbereitung für extra-regionale Friedensmissionen andererseits. „The military profession cannot allow itself to neglect the possibility that military intervention may be sui generis a distinct form of international behavior, one that is not exclusively predicated on a threat to national security.“ (Mott 1998: 272) In der Tat können die traditionellen und die nicht-traditionalen Rollen der Streitkräfte nicht voneinander getrennt werden, wenn wir an diese Operationen denken. Soldaten werden wissen müssen, wie man kämpft, wie man lokale Sicherheit gewährleistet, wie man lokale Gegner behandelt. Sie bleiben Kämpfer und Krieger, und sie werden lernen müssen, Diplomaten zu werden, zumindest auf lokaler Ebene.

Ihr umfassender Professionalismus in solchen Missionen gründet nicht primär auf Patriotismus und nationaler Verpflichtung - obwohl diese Motive weiterhin gültig bleiben. Er ruht auf einer Art humanitären Kosmopolitismus, der nationalen Interessen nicht widerspricht, sondern sie übersteigt. Globalisierung und die zum Teil fiktive, zum Teil wirkliche Herausbildung von Kommunikation im globalen Dorf und von Interdependenzen erfordert ein neues Selbstverständnis der militärischen Profession - oder zumindest seine substantielle Ausweitung.

Selbstverteidigung und Abschreckung einerseits und Angriff andererseits bilden gemeinsam das traditionelle Rollenverständnis der Streitkräfte. Die neuen Funktionen, d. h. die nicht-traditionalen Rollen, die mit Ver-Streetworkung, Ver-Zivildienstlichung und Konstabularisierung umschrieben worden sind, müssen nicht im Sinne einer Erset-

zung, sondern im Sinne einer Ergänzung und Ausweitung des bisherigen Rollen-Sets verstanden werden. Darauf gründen wir unsere abschließende These, nach der die Streitkräfte moderner Gesellschaften und insbesondere die der westlichen Bündnis-systeme nicht an politischer Bedeutung verlieren, sondern in der Übernahme neuer, nicht-traditionaler Rollen erfahren sie eine politische Aufwertung.

7 Literaturverzeichnis

- Ahlquist, Leif (Hrsg.) (1996). Co-operation, Command and Control in UN-Peacekeeping Operations. A Pilot-Study from the Swedish War College. Stockholm: Swedish War College.
- Allard, Kenneth (1996). Co-operation, Command and Control - Lessons Learned or Lessons Identified? In: Leif Ahlquist (Hrsg.), Co-operation, Command and Control in UN-Peacekeeping Operations. A Pilot-Study from the Swedish War College. Stockholm: Swedish War College. 94-101.
- Barry, Charles (1997). Combined Joint Task Forces in Theory and Practice. In: Philip H. Gordon (Hrsg.), NATO's Transformation. The Changing Shape of the Atlantic Alliance. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 203-219.
- Beaumont, Roger (1995). Small Wars: Definitions and Dimensions. *The Annals*, 541, September, 20-35.
- Bredow, Wilfried von (1994). Turbulente Welt-Ordnung. Internationale Politik am Ende des 20. Jahrhunderts. Stuttgart - Berlin - Köln: Kohlhammer.
- Bredow, Wilfried von (1997). Global Street Workers? War and the Armed Forces in a Globalizing World. *Defense Analysis*, 13: 2, 169-180.
- Bredow, Wilfried von (1998). Comment sortir de l'ère Westphalienne? In: Bernard Boene; Christopher Dandeker (Hrsg.), Les armées en Europe. Paris: Editions La Découverte, 55-67.
- Bredow, Wilfried von; Jäger, Thomas; Kümmel, Gerhard (1999). Outsiders in Global Society: Isolation and Dissociation in International Politics. Unveröff. Manuskript. Marburg - Strausberg.
- Chavret, John (1997). The Idea of State Sovereignty and the Right of Humanitarian Intervention. *International Political Science Review*, 18: 1, 39-48.
- Czempiel, Ernst-Otto (1995). Intervention. In: Kaiser, Karl & Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die neue Weltpolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 418-425.
- Däniker, Gustav (1992). Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte. Frankfurt am Main: Huber Frauenfeld.
- Debiel, Tobias; Nuscheler, Franz (Hrsg.) (1996). Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger.
- Enzensberger, Hans Magnus (1993). Aussichten auf den Bürgerkrieg. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geldenhuis, Deon (1998). Foreign Political Engagement. Remaking States in the Post-Cold War World. Basingstoke - London: Macmillan.
- Grässlin, Jürgen (1997). Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird. München: Droemer.
- Haltiner, Karl W. (1990). Zur militärischen Identität westeuropäischer Gesellschaften. Typoskript.

- Haltiner, Karl W. (1998). The Definitive End of the Mass Army in Western Europe? *Armed Forces & Society*, 25: 1, 7-36.
- Harries-Jenkins, Gwyn; Moskos, Charles C., Jr. (1981). *Armed Forces and Society*. (*Current Sociology*, 29: 3). London: Sage.
- Hoffmann, Stanley (1995/96). The Politics and Ethics of Military Intervention. *Survival*, 37: 4, 29-51.
- Howorth, Jolyon (1997). National Defence and European Security Integration. An Illusion Inside a Chimera? In: Jolyon Howorth; A. Menon (Hrsg.), *The European Union and National Defence Policy*. London: Routledge, 10-22.
- Jäger, Thomas; Kümmel, Gerhard (1995). Weltpolitische Führung nach dem Ost-West-Konflikt. *Vorgänge*, 34: 2, 5-20.
- Janowitz, Morris (1960). *The Professional Soldier. A Social and Political Portrait*. New York: Free Press.
- Janowitz, Morris (1978). *The Last Half-Century. Societal Change and Politics in America*. Chicago, Illinois: The University of Chicago Press.
- Keohane, Robert O.; Nye, Joseph S., Jr. (1977). *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston: Little, Brown & Co.
- Klein, Paul; Rosendahl Huber, Axel; Frantz, Wolfgang (1999). Zwei Jahre Deutsch-Niederländisches Korps. Eine Begleituntersuchung 1995-1997 (*SOWI-Berichte*, Nr. 67). Strausberg: SOWI.
- Klein, Paul (Hrsg.) (1990). *Deutsch-Französische Verteidigungskooperation - Das Beispiel der Deutsch-Französischen Brigade*. Baden-Baden: Nomos.
- Kümmel, Gerhard (1999a). Die Teilbarkeit der Menschenrechte. Menschenrechte und nationalstaatliche Souveränität. *SOWI-Arbeitspapier* Nr. 118. Strausberg: SOWI.
- Kümmel, Gerhard (1999b). Sicherheit in einer unsicheren Welt. Europäische Politik im planetarischen Zeitalter. *SOWI-Arbeitspapier* Nr. 116. Strausberg: SOWI.
- Linnenkamp, Hilmar (1997). Neue Aufgaben der Bundeswehr - alte Ausbildung? *Sicherheit & Frieden*, 15: 3, 166-171.
- Lyons, Gene M.; Mastanduno, Michael (Hrsg.) (1995). *Beyond Westphalia? State Sovereignty and International Intervention*. Baltimore - London: Johns Hopkins University Press.
- Matthies, Volker (1994). Immer wieder Krieg? Wie Eindämmen - beenden - verhüten? Schutz und Hilfe für die Menschen? Opladen: Leske & Budrich.
- Moskos, Charles C. (1990). Streitkräfte in einer kriegsfreien Gesellschaft. *Sicherheit & Frieden*, 8: 2, 110-112.
- Moskos, Charles C. (1993/94). From Citizens' Army to Social Laboratory. *The Wilson Quarterly*, 17: 1, 83-94.
- Mott, William H., IV. (1998). What Are We Doing? *Defense Analysis*, 14: 3, 263-276.
- Münkler, Herfried (1992). *Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Nye, Joseph S., Jr. (1990). The Changing Nature of Power. *Political Science Quarterly*, 105: 2, 177-192.

- Palin, Roger H. (1995). Multinational Military Forces. Problems and Prospects (*Adelphi Paper* 294). Oxford: Oxford University Press for the International Institute of Strategic Studies.
- Pape, Matthias (1997). Humanitäre Intervention. Zur Bedeutung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen. Baden-Baden: Nomos.
- Reed, Laura W.; Kaysen, Carl (Hrsg.) (1993). Emerging Norms of Justified Intervention. Cambridge, MA: American Academy of Arts and Sciences.
- Rosenau, James N. (1990). Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Russett, Bruce (1993). Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Schnell, Harry H. (1993). Multinationale Streitkräftestrukturen. *Europäische Sicherheit*, 42: 8, 417-420.
- Shaw, Martin (1991). Post-Military Society. Militarism, Demilitarization and War at the End of the Twentieth Century. Philadelphia, PA: Temple University Press.
- Soeters, Joseph; Rovers, J.H. (Hrsg.) (1997). The Bosnian Experience (*Netherlands Annual Review of Military Studies* 1997). Breda: Royal Netherlands Military Academy.
- Swan, Peter W.H. (1997). Operation Joint Endeavour Interoperability. In: Henrik Friman et al. (Hrsg.), ILIC '97. The Second International Workshop on Low Intensity Conflict, Stockholm, Sweden, 4-6 June 1997. Stockholm: AFCEA Stockholm Chapter and the Royal Swedish Society of Naval Sciences, 187-188.
- Van Creveld, Martin (1991). The Transformation of War. New York: The Free Press.
- Wassenberg, Philipp (1999). Das Eurokorps. Sicherheitsrechtliches Umfeld und völkerrechtliche Bedeutung eines multinationalen Großverbands. Baden-Baden: Nomos.
- Whitford, John; Durell Young, Thomas (1997). Multinational Command Authorities: The Need for Change in NATO. *Defense Analysis*, 13: 1, 35-57.
- Wiesendahl, Elmar (1990). Wertewandel und motivationale Kriegsunfähigkeit von Streitkräften. *Sicherheit & Frieden*, 8: 1, 25-29.
- Winslow, Donna (1997). The Canadian Airborne in Somalia. A Socio-Cultural Inquiry. Ottawa: Canadian Government Publishing Center.

Autoren:**von Bredow, Wilfried, Dr. phil., Dr. h.c. (geb. 1944)**

Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln (1964-68). Wissenschaftlicher Assistent und Akademischer Rat am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, Lehrstuhl Hans-Adolf Jacobsen (1969-72). Seit 1972 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Research Fellow am St. Anthony's College in Oxford (1977/78). Gastprofessuren an der Université des Sciences Sociales in Toulouse, dem Manchester College in North Manchester, Indiana, der University of Toronto und der University of Saskatchewan in Saskatoon. Diefenbaker Award des Canadian Council (1994). Gegenwärtig Präsident der Gesellschaft für Kanada-Studien in den deutschsprachigen Ländern (GKS).

Arbeitsschwerpunkte sind:

Internationale Beziehungen, Politische Theorie, Militärsoziologie, Politische Kultur.

Thematisch relevante Veröffentlichungen:

Turbulente Welt-Ordnung. Internationale Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart – Berlin – Köln: Kohlhammer, 1994.
 Die Zukunft der Bundeswehr. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel, Opladen: Leske & Budrich, 1995.
 Global Street Workers? War and the Armed Forces in a Globalizing World. *Defense Analysis*, 13. Jg., 1997, Nr. 2, S. 169-180.
 Comment sortir de l'ère Westphalienne? In: Bernard Boene/Christopher Dandeker (Hrsg.): *Les armées en Europe*, Paris: Editions La Découverte, 1998, S. 55-67.

Kümmel, Gerhard, Dr. phil. (geb. 1964)

Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Philipps-Universität Marburg (1985-91). Promotionsstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung (1991-94). Forschungsstipendiat des German Historical Institute, Washington, D.C. (1992). J. William Fulbright Dissertationspreis der Fulbright-Kommission (1996). Post-doc-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1995-97). Dozent des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der University of Victoria in Victoria, B.C., Canada (Wintersemester 1997). Seit Herbst Wissenschaftlicher Angestellter am SOWI.

Arbeitsschwerpunkte sind:

Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik, Demokratisierungsforschung, Militärsoziologie, Soziologie der Gewalt.

Thematisch relevante Veröffentlichungen:

Internationale Politik. In: Dirk Berg-Schlosser/Sven Quenter (Hrsg.): *Literaturführer Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung in die Standardwerke und ‚Klassiker‘ der Gegenwart*, Stuttgart – Berlin – Köln: Kohlhammer, 1999, S. 157-192.
 Sicherheit in einer unsicheren Welt. Europäische Sicherheit im planetarischen Zeitalter. *SOWI-Arbeitspapier* Nr. 116, April 1999.
 The Russian Bear: Wounded, Confused and Dangerous? *SOWI-Arbeitspapier* Nr. 109, April 1998.
 European Security. Hrsg. zusammen mit Wilfried von Bredow und Thomas Jäger, Basingstoke – London: Macmillan, 1997.